

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 21. Januar 1981

am Donnerstag, dem 22. Januar 1981

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	2
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	5
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	7
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	8
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	9
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	12
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	13

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) Wann und in welcher Form ist die Bundesregierung dem seit Monaten andauernden massiven politischen und propagandistischen Druck durch die DDR (siehe Kommentar in der kommunistischen Parteizeitung „Neues Deutschland“ vom 8. Januar 1981) gegen die Tätigkeit der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter entgegengetreten, die bestimmte Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die innerhalb der DDR oder an der Zonengrenze durch das DDR-Regime begangen werden, registriert?
2. Abgeordneter
Dr. Möller
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß Verkehrsunfälle mit schwersten Personenschäden, vornehmlich bei Unfallopfern die „Freiberufler“ sind, aber auch bei Unfallopfern mit festem Einkommen, deren Schutz durch die Sozialversicherung oder die Versorgung nicht voll greift, sehr oft den wirtschaftlichen und sozialen Abstieg der Unfallopfer und ihrer Familie zur Folge haben, obwohl die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Pflichtversicherungsgesetzes den sozialen Abstieg verhindern wollen, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, hier auf gesetzgeberischem Wege Abhilfe zu schaffen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

3. Abgeordneter
Lennartz
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Zulassungschancen der sogenannten Altwarter im neuen Zulassungsverfahren bei den medizinischen Fächern, und sieht sie Möglichkeiten der Verbesserung?
4. Abgeordneter
Lennartz
(SPD) Können die für die Altwarter vorgesehenen Quoten erhöht werden, und warum werden berufspraktische Erfahrungen nicht stärker berücksichtigt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
wirtschaftliche Zusammenarbeit**

5. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, die Zahl und die Stoßrichtung von Forschungsvorhaben auch ohne Zustimmung des Fachausschusses, des Haushaltsausschusses und des Bundestages zu vergeben, die das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit in einer überregionalen Tageszeitung bereits Anfang Dezember 1980 für das Haushaltsjahr 1981 ausgelobt hat?
6. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Was versteht die Bundesregierung unter einem Forschungsvorhaben „Internationaler Liberalisierungsplan“ und „Motive und Erwartungen potentieller Transmigranten – Analyse der sozio-ökonomischen und sozio-kulturellen Rahmenbedingungen in den Herkunftsregionen der Transmigranten in Indonesien“, und insbesondere welche entwicklungspolitischen Anstoßwirkungen aus so bezeichneten Forschungsvorhaben werden erwartet?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

7. Abgeordneter
Lampersbach
(CDU/CSU) Welche neuen Aufgaben soll der Bundesbeauftragte für Behindertenfragen übernehmen, und wie soll der organisatorische Unterbau dieses Amtes beschaffen sein?
8. Abgeordneter
Franke
(CDU/CSU) Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung die langfristigen Belastungen der gesetzlichen Rentenversicherung durch Einräumung von Ausfallzeiten für solche arbeitsuchend gemeldete Personengruppen, die keine Leistungen erhalten und für die dementsprechend auch keine Beiträge an die Rentenversicherung abgeführt werden?
9. Abgeordneter
Franke
(CDU/CSU) Wie hoch schätzt die Bundesregierung insbesondere die langfristigen Folgekosten auf Grund der ungeschmälernten Ausfallzeitenregelung für Teilzeitarbeitsuchende ohne Leistungsansprüche — auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß bei insgesamt steigender Arbeitslosigkeit dieses Personenkreises z. Z. einer offenen Arbeitsstelle etwa zehn Arbeitsuchende gegenüberstehen und damit nur geringe Vermittlungschancen bestehen?
10. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß es für die psychologische Untersuchung bei den Arbeitsämtern zum Teil monatelange Wartezeiten gibt, und trifft es zu, daß dies trotz ausreichender Planstellen auf einen Mangel an geeigneten Fachkräften zurückzuführen ist?
11. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD) Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, wie hoch die Zahl der fehlenden Kräfte und wie lang die Wartezeiten sind, und was gedenkt sie zu tun, damit im Interesse der Auszubildenden, der Rehabilitanden und der sonstigen die Beratung der Arbeitsämter in Anspruch Nehmenden diese nicht besetzten Stellen mit geeigneten Fachkräften besetzt werden können?
12. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung verschiedener mit diesem Problem befaßter Stellen, daß das Gesetz der Altershilfe für Landwirte im Falle einer Ehescheidung keinen Versorgungsausgleich durch Begründung von Rentenanwartschaften zuläßt, weil nur Teile eines Anspruchs übertragen werden könnten, aber ein Anspruch erst entsteht, wenn der Beitragspflichtige bis zu seinem 60. Lebensjahr Beiträge entrichtet hat, und wenn ja, welche Änderungen schlägt sie vor?
13. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten bietet nach Ansicht der Bundesregierung das Gesetz über die landwirtschaftliche Altershilfe, dem geschiedenen Ehegatten und seinen Kindern auch in den ersten 60 Monaten nach der Ehescheidung, wenn sie mit einem Wechsel in der Person des landwirtschaftlichen Unternehmers und damit Beitragzahlers verbunden ist, die gebotene soziale Sicherung zukommen zu lassen, bzw. welche Änderungen erscheinen der Bundesregierung zu diesem Zweck erforderlich?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

- | | |
|--|--|
| 14. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) | Ist es zutreffend, daß — wie in der Presse berichtet wird — Bundeskanzler Schmidt sich auf Steuerzahlerkosten mit einem Flugzeug des Typ Boeing zu einem Privatbesuch nach Amerika und Bundesverteidigungsminister Apel sich zu einem Privatbesuch nach Hamburg fliegen ließ? |
| 15. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, ob der Bundesrechnungshof auf Grund der von einem Bürger erstatteten Anzeige diese Fälle inzwischen geprüft hat, und welches Ergebnis die Prüfung gegebenenfalls hatte? |
| 16. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) | Wie erklärt die Bundesregierung, daß — wie der Bundesrechnungshof zur Bundeshaushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1978 (Drucksache 9/38 vom 11. Dezember 1980) feststellte — seit Jahren Bundeswehrmaterial entgegen bestehender haushaltsrechtlicher Bestimmungen in erheblichem Umfang leih- und darlehensweise an Dritte überlassen wird und z. B. das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung es ablehnte, Entgelte für die Überlassung von Bundeswehrmaterial entgegenzunehmen, selbst wenn die Darlehensnehmer das angeboten hatten (Drucksache 9/38 Ziffer 10.3)? |
| 17. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) | Mit welchem Ergebnis wurde geprüft — wie es der Bundesrechnungshof anregte —, ob Schadensersatzforderungen für erfolgtes schuldhaftes Verhalten geltend gemacht werden müssen, und welche Maßnahmen wurden ergriffen, um schwerwiegende Verstöße gegen haushaltsrechtliche Bestimmungen zukünftig zu verhindern? |
| 18. Abgeordneter
Hansen
(SPD) | Welche „Gefährdung der Staatssicherheit, der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit“ waren von der Bundesregierung zu besorgen, um das Gericht zu veranlassen, nach § 172 Nr. 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes keinen Protokollführer zur Verhandlung über den Vergleich mit der Waffenhandelsfirma Merex AG hinzuziehen, damit die Gründe für die Zahlung von 5 Millionen DM aus Steuergeldern der Öffentlichkeit verborgen bleiben? |
| 19. Abgeordneter
Hansen
(SPD) | Welche auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland könnten aus welchen Gründen heute noch gefährdet werden, wenn die Vorgänge in den 60er Jahren, die zur Zahlung von 5 Millionen DM aus Steuergeldern für illegale Waffengeschäfte an die Firma Merex AG führten, demokratischen Grundprinzipien gemäß heute im einzelnen öffentlich aufgeklärt würden? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

- | | |
|--|---|
| 20. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) | Worin liegen nach Meinung der Bundesregierung die Ursachen dafür, daß gegenwärtig etwa 20 000 Menschen ein Kind adoptieren wollen, aber nur etwa 4 000 bis 5 000 Kinder dafür freigegeben werden? |
|--|---|

- | | |
|---|--|
| 21. Abgeordneter
Dr. Bötsch
(CDU/CSU) | Stimmen Meldungen, wonach bei Verhandlungen der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel über den Rechtsschutz des fränkischen Bocksbeutels vom britischen Vertreter der „schwere politische Druck“, der in dieser Sache „von Herrn Strauß in München“ ausgeübt werde, beklagt wurde, und daß dieser deshalb durchblicken ließ, daß man dem wohl nicht nachgeben dürfe, und in welcher Weise hat der Vertreter der Bundesregierung gegebenenfalls auf diese Stellungnahme reagiert? |
| 22. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) | Sind der Bundesregierung Mängel an Kinder- und Familienfreundlichkeit in der Gesellschaft und deren Ursachen bekannt, und wenn ja, was kann die Bundesregierung gegebenenfalls innerhalb ihres Verantwortungsbereichs dagegen unternehmen? |
| 23. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-Glotz
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die gesundheitlichen Gefahren der radioaktiven Bestrahlung von Lebensmitteln zur Verbesserung der Haltbarkeit, und wie steht sie zu den Forderungen der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der Vereinten Nationen und einiger unserer Nachbarländer nach Erlaubnis der nuklearen Konservierungsmethode in der Bundesrepublik Deutschland? |
| 24. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-Glotz
(SPD) | Welche Untersuchungsergebnisse liegen der Bundesregierung über die Wirkungen der radioaktiven Bestrahlung von Lebensmitteln (in Kunststoffverpackung mit Zusatzstoffen) auf deren chemische Zusammensetzung, Vitamingehalt und Geschmack vor, und kann sichergestellt werden, daß das Verbot der Bestrahlung von Lebensmitteln gemäß § 13 des Lebensmittelgesetzes beim Import z. B. von bestrahlten Pilzen, Kartoffeln, Zwiebeln, Hähnchen, Knoblauch, Erdbeeren und Gewürzen eingehalten wird? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

- | | |
|---|--|
| 25. Abgeordnete
Frau
Pack
(CDU/CSU) | Treffen Zeitungsberichte zu (Süddeutsche Zeitung vom 8. Dezember 1980), wonach die Bundesregierung erwägt, bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen beim Saarausbau eine Denkpause einzulegen und z. B. die Mittel für den vergabereifen Bau der Staustufe Serrig und Mettlach zu strecken? |
| 26. Abgeordnete
Frau
Pack
(CDU/CSU) | Sind bei der Bundesregierung Überlegungen im Gange, aus Finanzgründen den Ausbau der Saar über das Jahr 1985 hinaus zu strecken? |
| 27. Abgeordneter
Conrad
(Riegelsberg)
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der zügige Ausbau der Saar zu einer Großschiffahrtsstraße eine wesentliche Voraussetzung zur Restrukturierung der saarländischen Eisen- und Stahlindustrie darstellt? |
| 28. Abgeordneter
Ganz
(St. Wendel)
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß angesichts der sich abzeichnenden konjunkturellen Verschlechterung die eventuelle Zurücknahme der beabsichtigten Investition für den Ausbau der Saar gerade im strukturschwachen Saarland eine zusätzliche Belastung des Arbeitsmarkts bedeuten würde? |

29. Abgeordneter
Müller
(Wadern)
(CDU/CSU)
- Strebt die Bundesregierung an, das am 28. März 1974 zwischen der Bundesregierung und den Ländern Rheinland-Pfalz und Saarland abgeschlossene Verwaltungsabkommen über den Ausbau der Saar zwischen Saarbrücken und der Mündung abzuändern?
30. Abgeordneter
Müller
(Wadern)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung bei ihren eventuellen Plänen zur Streckung des Saarausbaus berücksichtigt, daß sich für den Saarausbau in Frage kommende Firmen kapazitätsmäßig auf die Gesamtmaßnahmen eingestellt haben und die Verzögerung der Baumaßnahmen diese Firmen vor ganz erhebliche Auslastungsprobleme stellen würde?
31. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die jüngsten Verschmutzungskatastrophen in Nord- und Ostsee im Lichte der Enthüllungen der Zeitschrift GEO (Nr. 1, Januar 1981), die zeigen, auf welcher skandalösen Weise Reedereien der sogenannten Billig-Flaggen (FOC) das internationale Übereinkommen für die Ausbildung, Befähigung und den Wachdienst von Seeleuten unterlaufen, und welche wirksamen Maßnahmen außer der beschleunigten Ratifizierung des Abkommens plant die Bundesregierung zur besseren Kontrolle der unter FOC-Flaggen einlaufenden Schiffe, da die Kontrolle durch die Lotsen oder Hafenbehörden im Gefahrenfall zu spät greifen?
32. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Erscheint es der Bundesregierung nicht sinnvoller, weil billiger und sicherer, die bundesdeutschen Häfen generell für FOC-Schiffe zu sperren und auch entsprechende Initiativen in der EG zu ergreifen?
33. Abgeordneter
Paterna
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, wie häufig im vergangenen Jahr bundesdeutsche Seehäfen von Schiffen unter Billig-Flaggen (FOC) angelaufen worden sind, und wie oft dabei die Sicherheitseinrichtungen und die Papiere der Schiffsführung kontrolliert wurden?
34. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Warum wird eine einheitliche Ausrüstung aller Fahrzeuge durch zusätzliche Bremsleuchten gesetzlich nicht vorgeschrieben, obwohl einerseits die Bundesregierung die Auffassung vertritt, daß zusätzliche Bremsleuchten Auffahrunfälle wesentlich verringern, und andererseits eine unterschiedliche Ausrüstung der Fahrzeuge mit Bremsleuchten zu einer Verunsicherung der Verkehrsteilnehmer führen kann?
35. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Welche Strecken der Deutschen Bundesbahn sind in den nächsten Jahren zur Elektrifizierung vorgesehen, und ist dabei zur besseren Verkehrsanbindung des ostbayerischen Grenzlands auch die Strecke Hof – Regensburg mit vorgesehen?
36. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)
- Sind die Rationalisierungsmaßnahmen der Deutschen Bundesbahn so angelegt, zahlreiche Nebenstrecken, insbesondere im ländlichen Raum, durch erhebliche Verringerung des Zugangebotes für Streckenstillegungen vorzubereiten?

37. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wenn auf Nebenstrecken der Deutschen Bundesbahn eine Verlagerung des öffentlichen Personenverkehrs von der Schiene auf Busbedienung erfolgt, wie stehen dann solche Maßnahmen im Verhältnis zu den Einsparvorhaben der Bundesregierung von Mineralöl, wenn die früheren Benutzer des Schienenpersonenverkehrs anstatt den Bus wieder ihre eigenen Wagen benutzen und damit mehr Mineralöl verbrauchen?
38. Abgeordneter
Börnsen
(SPD) Wird die Bundesregierung angesichts der zu erwartenden Entwicklung des Individualverkehrs und der eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten des Bundes an dem Bau einer Eckverbindung zwischen der BAB 27 und der B 74 über den Verteilerkreis Bremen-Nord festhalten, oder ist sie bereit, alternative Planungen vorzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

39. Abgeordneter
Weirich
(CDU/CSU) Wie viele Anbieter und Testteilnehmer hatten die Bildschirmtextfeldversuche der Deutschen Bundespost in Düsseldorf/Neuss und Berlin zum 1. Januar 1981, und wie viele Anbieter und Textteilnehmer hatten diese Versuche bei ihrem Start?
40. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung der Unmut der Bevölkerung darüber bekannt, daß es im Telefonverkehr innerhalb der Bundesrepublik Deutschland auf Grund fehlender technischer Kapazitäten am Abend sowie an Sonn- und Feiertagen weitgehend unmöglich ist, die gewünschte Telefonverbindung herzustellen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um auf eine Verbesserung der gegenwärtigen Situation hinzuwirken?
41. Abgeordneter
Dr. Olderog
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß die Deutsche Bundespost in intensiver Form und mit großem Aufwand öffentlich dafür wirbt, daß noch mehr Telefonapparate installiert und noch mehr Telefongespräche geführt werden, ohne daß die Deutsche Bundespost der durch die Werbung noch gesteigerten Nachfrage nachkommen kann?
42. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß der vor kurzem allgemein geschaffene 20 km Radius für Telefontahbereiche ungerecht ist, und wann ist die Bundesregierung bereit, diesen Radius auf 25 oder 30 km in dünnbesiedelten Räumen auszudehnen und dabei nicht nur die Fläche, sondern auch die Bevölkerungsdichte zu berücksichtigen?
43. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf Grund der Neueinteilung im Fernsprechnahbereich in dünnbesiedelten Räumen nur wenige Tausend, in Ballungsgebieten dagegen teilweise über 1 Million Fernsprechteilnehmer zum Nahbereichstarif telefonieren können, und wie will sie ihrem Auftrag, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen, auf diesem Gebiet nachkommen?

44. Abgeordneter **Stockleben** (SPD) Welche Anstrengungen unternimmt die Bundespost, um das unnötige Aufreißen von Straßen im Stadtgebiet zu vermeiden und ihre Vorhaben mit den Vorhaben anderer Versorgungsunternehmen (Gas, Wasser usw.) zu koordinieren?
45. Abgeordneter **Weirich** (CDU/CSU) Plant der Bundespostminister angesichts des Vandalismus bei der Zerstörung der Einrichtungen in öffentlichen Fernsprechkablen — 50 810 Fälle an 121 000 öffentlichen Münzapparaten 1979 — künftig getreu dem britischen Vorbild Münzfernsprecher vom Typ PP 2000 einzurichten, die in Fällen von Zerstörungswut selbsttätig den Polizeinotruf alarmieren?
46. Abgeordneter **Hoffie** (FDP) Was hat die Deutsche Bundespost bisher unternommen, um die öffentlichen Münzfernsprecher für Hörgeschädigte behindertengerecht, d. h. benutzbar zu machen?
47. Abgeordneter **Hoffie** (FDP) Liegen der Deutschen Bundespost Erkenntnisse darüber vor, durch welche Maßnahmen die öffentlichen Fernsprechkablen hörbehindertenfreundlich ausgestattet werden können, und ist die Bundespost gegebenenfalls bereit, hierüber einen Forschungsauftrag zu vergeben, um schnellstmöglich geeignete Umrüstungen durchführen zu können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

48. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, Bundesminister von Bülow habe sich dahin gehend geäußert, daß man spätestens dann, wenn die Bundesrepublik Deutschland ihre ausländischen Verpflichtungen nicht mehr voll bezahlen könne, prüfen müsse, „ob beispielsweise Beschränkungen der Auslandsreisen eingeführt werden“ sollten, und wie ist gegebenenfalls eine solche Aussage in Übereinstimmung zu bringen mit den ablehnenden Stellungnahmen sowohl des Bundeswirtschaftsministers als auch des Bundesfinanzministers zu meinem Vorschlag vom Juli 1980, Urlaubsreisen im Inland steuerlich zu begünstigen?
49. Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP) Liegen der Bundesregierung Informationen über die Ursache und das Ausmaß des Brandes in der französischen Wiederaufarbeitungsanlage Cap de la Hague vom 6. Januar 1981 vor, und ergeben sich daraus Konsequenzen sicherheitstechnischer Art für den Bau großtechnischer Wiederaufarbeitungsanlagen in der Bundesrepublik Deutschland?
50. Abgeordneter **Dr.-Ing. Laermann** (FDP) Sind durch den jüngsten Vorfall in Cap de la Hague Auswirkungen für die Sicherstellung der Entsorgung deutscher Kernkraftwerke zu befürchten?
51. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD) Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung über Ursache, Verlauf und Auswirkungen des Brandes in der französischen Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe in Cap de la Hague im Januar dieses Jahres, und ist nach Auffassung der Bundesregierung ein derartiger Zwischenfall nach dem derzeitigen Stand von Wissenschaft und Technik vermeidbar?

52. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Ursache, Ablauf und Auswirkungen des Störfalls vom 6./7. Januar 1981 in der französischen Wiederaufbereitungsanlage in Cap de la Hague, und welche Folgen wird dieser Störfall für die vereinbarte Einlagerung und Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente aus deutschen Reaktoren haben?
53. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD) Wann und auf welchem Wege wurde die Bundesregierung erstmals ausführlich über den Störfall vom 6./7. Januar 1981 in der französischen Wiederaufbereitungsanlage Cap de la Hague informiert?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

54. Abgeordneter **Stiegler** (SPD) Unter welchen Voraussetzungen erteilt das Bundesamt für Verfassungsschutz Auskünfte über Einstellungsbewerber an die Privatwirtschaft, und werden die betroffenen Bewerber jeweils über die Tatsache, daß Auskünfte über sie gegeben wurden und den Inhalt dieser Auskünfte informiert?
55. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU) Ist der Bundesregierung der prekäre Arbeitskräftemangel in der Gastronomie des Berchtesgadener Landes, der auf Grund des bestehenden Anwerbestopps für Gastarbeiter entstanden ist, bekannt, und kann das betroffene Fremdenverkehrsgewerbe damit rechnen, daß die Aussage von Bundesinnenminister Baum während seines Weihnachtsurlaubes im Berchtesgadener Land, die „Rücksicht auf Menschen und wirtschaftliche Interessen“ könne sich durchaus in einer „Ausnahmesituation niederschlagen“, die Bundesregierung zu einer Änderung ihrer bisher kompromißlosen Haltung veranlassen wird?
56. Abgeordneter **Thüsing** (SPD) Welche Gründe sind der Bundesregierung dafür bekannt, daß am 11. Januar dieses Jahrs einer Gruppe von Rom-Zigeunern die Einreise aus den Niederlanden in die Bundesrepublik Deutschland verweigert wurde?
57. Abgeordneter **Thüsing** (SPD) Was hat die Bundesregierung bewogen, im Gegensatz zur Teilnahme deutscher Sportler an der Olympiade in Moskau, bei der Teilnahme der deutschen Fußball-Nationalmannschaft an der Fußballweltmeisterschaft in Uruguay keine Bedenken zu äußern?
58. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU) Welche Position nimmt die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich bei der Atomhaftung ein, und auf welche Weise strebt die Bundesregierung im Falle der von Staatssekretär Dr. Hartkopf vorgeschlagenen Aufhebung der bisherigen Haftungsbegrenzung an, die Deckung möglicher Haftpflichtansprüche sicherzustellen?
59. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die immissionsrechtliche Genehmigungsfähigkeit von gegenwärtig geplanten Heizkraftwerken auf Kohlebasis in Ballungszentren, wie insbesondere beabsichtigt sie die bestehenden Regelungen über Maßnahmen der Abgasreinigung und der Schadstoffverteilung im Vergleich zu Großkraftwerken fortzuschreiben?

60. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Auf was ist nach den neuesten Erkenntnissen das Massensterben der Seevögel in der Nordsee zu Beginn dieses Jahres zurückzuführen, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus mit der Zielsetzung, künftig derartige – offensichtlich von Menschenhand verursachte – Katastrophen möglichst zu verhindern?
61. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Welches Ergebnis hatten die vor der Bundestagswahl öffentlich angekündigten Gespräche mit der DDR zur Lösung des durch Kaliabwässer aus der DDR entstandenen Problems der Versalzung von Werra und Weser?
62. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Warum spricht das Bundesinnenministerium (Bulletin Nr. 3, 9. Januar 1981) vom „Auslaufen des auf vier Jahre befristeten deutsch-polnischen Ausreiseprotokolls vom 9. Oktober 1975“, obwohl nur der numerische Teil gemeint sein kann und auch nach wiederholten Erklärungen der Bundesregierung die Offenhalteklausel des Ausreiseprotokolls nach wie vor gilt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

63. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) Welche Gründe veranlassen die Bundesregierung, die im Bundesmontagetarifvertrag festgelegten pauschalen Aufwandsentschädigungen – auch „Auslösung“ genannt – steuerpflichtig zu machen, wenn die auswärtige Tätigkeit mehr als drei Monate dauert, obgleich diese Maßnahme in der Praxis für die Montagebetriebe zu einer Reihe bedenklicher Folgen führt, die auch arbeitsmarktpolitisch von Bedeutung sind?
64. Abgeordneter
Dr. Soell
(SPD) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die im genannten Bereich wegen der steuerlichen Konsequenzen spürbar geringer werdende Bereitschaft der Arbeitnehmer, für längere Zeit auf Montage zu arbeiten, wieder anzureizen?
65. Abgeordneter
Topmann
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit der Einführung einer 10 DM Münze?
66. Abgeordneter
Topmann
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, den Fachausschuß „Automatensichere Umlaufmünzen“ einzuberufen, um sich mit den Problemen der Einführung einer 10 DM Münze sowie mit der dazu notwendigen Novellierung des Münzgesetzes zu befassen?
67. Abgeordneter
Dr. von Wartenberg
(CDU/CSU) Wie steht die Bundesregierung zu dem Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments (Dok. 1–22/80: „Besteuerung des Mietzinses aus Eigentum, das vom Eigner selbst bewohnt wird.“), hinsichtlich steuerlicher Möglichkeiten zur Erhöhung der niedrigen Wohneigentumsquote in der Bundesrepublik Deutschland?

68. Abgeordneter
Dr. von Wartenberg
(CDU/CSU)
- Zieht die Bundesregierung Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 18. Juni 1980, wonach das sogenannte Buchführungsprivileg als verfassungswidrig gilt und somit die geschäftsmäßige Buchführungshilfe für die Verbuchung täglicher Geschäftsvorfälle nun auch kaufmännischen Gehilfen, insbesondere dem Berufsstand der Bilanzbuchhalter, offensteht, und wenn ja, welche?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

69. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die durch die Esso AG erneut erfolgte Preiserhöhung für Vergasertreibstoffe, und kann die Bundesregierung beurteilen, was davon auf die jüngsten OPEC-Preiserhöhungen zurückzuführen ist?
-
70. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, nach Mitteln und Wegen zu suchen, die Kosten und Ertragslage der Mineralölgesellschaften zu prüfen mit dem Ziel, die Verbraucher vor ungerechtfertigten Preiserhöhungen zu schützen?
71. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die auf der letzten OPEC-Konferenz in Bali beschlossene Rohölverteuerung für eine gerechtfertigte Begründung der aktuellen Benzinpreiserhöhungen?
72. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang das preispolitische Verhalten von ARAL als Tochtergesellschaft des Veba-Konzerns, der sich zu 44 v. H. in Bundesbesitz befindet?
73. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD)
- Welche unmittelbaren bzw. mittelbaren Möglichkeiten hat die Bundesregierung, um auf die Preisgestaltung der zu den bundeseigenen Unternehmen gehörenden Mineralölgesellschaft ARAL Einfluß zu nehmen?
74. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten bzw. hat die Bundesregierung in der Vergangenheit Initiativen entwickelt, die zu den bundeseigenen Unternehmen gehörende Mineralölgesellschaft ARAL zu veranlassen, im Sinne der klassischen Aufgabenstellung öffentlicher und gemeinwirtschaftlicher Unternehmen die Rolle eines „Marktwächters“ zu übernehmen, indem das Bundesunternehmen mit seiner Preisgestaltung deutlich unter willkürlichen Preissteigerungen der Konkurrenten bleibt und damit alle Unternehmen zu mehr Preisdisziplin veranlaßt?
75. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Wie hoch ist nach Schätzungen der Bundesregierung die Summe der erzielten „windfall-profits“ aus der bundesdeutschen Erdöl- und Erdgasgewinnung auf der Basis der durchschnittlichen Weltmarktpreise, oder würden sie – falls keine Schätzungen vorliegen – eine Schätzung von durchschnittlich 165 DM je Tonne Förderkosten in der Bundesrepublik Deutschland (einschließlich Förderzinsen) und damit eine Höhe der „windfall-profits“ von 4 Milliarden DM für zu hoch halten?

76. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU) Seit wann, für welchen mutmaßlichen Zeitraum und in welchem Umfang haben sowjetische Regierungen ihre vertraglich vereinbarten Lieferungen von Erdgas in die Bundesrepublik Deutschland gekürzt?
77. Abgeordneter
Dr. Marx
(CDU/CSU) Welche Gründe gibt es für diese Maßnahme, und ist die Bundesregierung bereit, der sowjetischen Seite deutlich zu machen, daß die gegenwärtigen Einschränkungen vereinbarter Erdgaslieferungen weder psychologisch noch sachlich als besonders günstige Voraussetzungen für künftige Erdgaslieferverträge verstanden werden können?
78. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU) In wieviel Fällen haben die Bundesregierung oder eine der von ihr nach § 11 Abs. 2 des Kriegswaffengesetzes ermächtigten Stellen seit dem 1. Januar 1977 Auslandsgeschäfte im Sinne des § 4 a des Kriegswaffengesetzes genehmigt?
79. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU) Welche Kriegswaffen waren Gegenstand dieser Geschäfte, und wer waren die Geschäftspartner?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

80. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob es seit 1. Juli 1980 Fälle von Kalbfleischeinfuhren in die Bundesrepublik Deutschland gegeben hat, bei denen Stichproben Östrogen im Fleisch feststellten, obwohl ein veterinärpolizeiliches Attest des Exportlandes vorlag, daß das Fleisch östrogenfrei sei, und wenn ja, wieviel Fälle?
81. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Gibt es eine zuverlässigere Methode, die verbotene Anwendung von Östrogen bei der Kälbermast festzustellen als die Kotprobe im Stall, wenn nein, warum wird diese Überprüfung nicht vorgeschrieben und dieser Nachweis auch für das Importkalbfleisch gefordert?
82. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Pressemeldungen bestätigen, wonach aus dem Raum der EG rund 60 000 t eines Gemisches aus Butter und Kokosfett aus Mitteln der EG stark subventioniert an die Sowjetunion geliefert wird, und wie hoch sind die hierfür gewährten Subventionen?
83. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung mit mir der Ansicht, daß gegebenenfalls solche Lieferungen praktisch ein Umgehungsgeschäft gegenüber den EG-Bestimmungen darstellen, die vorschreiben, daß mit Ausfuhrerstattungen subventionierte Butterlieferungen an die Sowjetunion untersagt sind, und was hat die Bundesregierung unternommen, um derartige Lieferungen rechtzeitig zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

84. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Wann wird das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung wieder eine Umfrage in Auftrag geben, wie es sie 1977 über „Das Deutschlandbild aus der Sicht der Bevölkerung in acht ausgewählten Ländern“ vorgelegt hat, die ergab, daß in allen acht Ländern eine große Mehrheit für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands eintrat, und die ihren eigentlichen Sinn erst durch eine regelmäßige Wiederholung einer solchen Befragungsaktion erhalten würde?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

85. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Angehörigen der deutschen Botschaft in Warschau der Kontakt zur polnischen Bevölkerung untersagt ist, und von wem wurde diese Anordnung gegebenenfalls erlassen?
86. Abgeordneter
Müller
(Wesseling)
(CDU/CSU)
- Wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, diesen Zustand zu ändern?
87. Abgeordneter
Dr. Corterier
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob Nachrichten zutreffen, dengemäß der Generalsekretär der NATO, Dr. Joseph Luns, am 14. November 1980 mit dem südafrikanischen Außenminister Botha zusammengetroffen ist, und ist gegebenenfalls die Erklärung des NATO-Ministerrats vom 9. Juni 1976, dergemäß es keine Kontakte zwischen Mitgliedern des internationalen Stabs des Bündnisses mit der Republik Südafrika gebe, noch Grundlage der Südafrikapolitik der NATO?
88. Abgeordneter
Dr. Corterier
(SPD)
- Ist die Bundesregierung entschlossen, auch weiterhin auf die Fortsetzung dieser Politik zu drängen?
89. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Wie viele Mitglieder von Menschenrechts-, Bürgerrechts- oder Helsinki-Gruppen in der Sowjetunion sind nach den Erkenntnissen der Bundesregierung seit dem Beginn des Madrider KSZE-Folgetreffens festgenommen, vor Gericht gestellt oder verurteilt worden, und wie beurteilt die Bundesregierung dieses Vorgehen der sowjetischen Behörden?
90. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- In welcher Weise hat die Bundesregierung als Teilnehmerin am Madrider KSZE-Folgetreffen auf die Herausforderung der Konferenz durch die sowjetischen Maßnahmen gegen Felix Serebrow und andere Menschenrechts- und Bürgerrechtskämpfer in der Sowjetunion reagiert, und wird sie diese schwerwiegenden Verstöße der UdSSR gegen Buchstaben und Geist der Schlußakte von Helsinki gleich zu Beginn der nächsten Session des Folgetreffens zur Sprache bringen?

91. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der ehemalige tschechoslowakische Außenminister Hajek aus Anlaß des offiziellen Besuches des deutschen Bundesaußenministers — und dies während der KSZE-Folgekonferenz in Madrid — zwangsweise Prag verlassen mußte (Der Spiegel vom 13. Januar 1981)?
92. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Beabsichtigt der Bundesaußenminister bei seinem für März angekündigten Besuch in Warschau mit der polnischen Regierung den starken Rückgang der Deutschen, die mit Papieren zur endgültigen Ausreise im zweiten Halbjahr 1980 in die Bundesrepublik Deutschland kommen durften, ernsthaft zu erörtern und darauf hinzuwirken, daß auch die Problematik von Familien sogenannter „Illegaler“ möglichst eine Lösung im Sinne der Ausreisefreiheit findet?
93. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, auf die Europäische Gemeinschaft mit dem Ziel einzuwirken, die umfangreichen Lebensmittellieferungen an Polen mit dem Ersuchen zu verbinden, seitens der polnischen Regierung allen aussiedlungswilligen Deutschen aus dem polnischen Machtbereich die Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland zu gestatten?
94. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung die Bestätigung des nicaraguanischen Außenministers, daß in El Salvador Soldaten aus Nicaragua im Einsatz sind (im panamaischen Fernsehen am 7. Januar 1981: „Ich kann nicht bestreiten, daß sich dort Nicaraguaner befinden!“), und die Nachricht über den Einsatz „internationalistischer Kämpfer“ im Guerilla-Sender in El Salvador vom 8. Januar 1981 zur Kenntnis genommen, und wie vereinbart sie damit ihre Zustimmung zur von Kuba eingebrachten UN-Resolution 35/192, mit der sie sich in Gegensatz zu den USA, Japan, Großbritannien, Frankreich und Italien gesetzt hat?
95. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) In welcher Weise und mit welchem Erfolg war es dem Bundesaußenminister während seines Besuches in der Tschechoslowakei möglich, entsprechend dem Inhalt seines Interviews im „Deutschlandfunk“ sich „für eine Verwirklichung der Rechte der Deutschen“ einzusetzen, „die in der Tschechoslowakei noch leben, Rechte, die in der Gesetzgebung zugestanden sind, in der Praxis noch ausgebaut werden müssen“?

Bonn, den 16. Januar 1981

